



FRAKTIONSERKLÄRUNG

29. November 2017

NEUER HISTORISCHER KOMPROMISS ZUR VERMIETUNGSVERORDNUNG

Die Mühlen der Gesetzesmacher mahlen langsam, dafür richtig. Fast drei Jahre hat die Spezialkommission Finanzdepartement der Stadt Zürich für die Beratung der Vermietungsverordnung gebraucht. Unter der Leitung des Grünen Kommissionspräsidenten Matthias Probst ist es schliesslich gelungen, die festgefahrenen Fronten zwischen den Parteien in der Frage nach dem „Wer soll in den städtischen Wohnungen leben dürfen?“ in einem historischen Kompromiss zu klären.

Für die Grünen stehen insbesondere die neuen Belegungsvorschriften im Zentrum. Deren Umsetzung wird grosse Veränderungen in der Mieterschaft der städtischen Wohnungen auslösen. Zudem begrüssen wir sehr, dass die soziale Durchmischung als unumstrittene Auflage in der Vermietungsverordnung Einzug gefunden hat. Die Verordnung trägt daher auch nach wie vor die Handschrift des Grünen Stadtrates Daniel Leupi.

Weniger glücklich sind wir über die vorgesehene Einkommensgrenze, tragen diese aber im Sinne eines Kompromisses mit. Den Grünen war noch nie klar, wieso in städtischen Wohnungen Millionäre leben müssen, und wir hätten uns daher lieber eine klare Vermögensgrenze von einer Million vorgestellt. Diese wäre einfacher zu kommunizieren und würde langfristig stabile Verhältnisse schaffen.

Wir erachten es als wichtig, dass nun klare und transparente Verfahren bei der Vermietung festgeschrieben werden. Denn zu Unrecht hatte die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich den Ruf zu mauscheln. Dass in der einen oder anderen Wohnung früher städtische Beamte wohnten, hatte vielmehr mit der historischen Wohnsitzpflicht in der Stadt Zürich von Personen in leitender Funktion zu tun. Ob es unter dem Vorgänger des Grünen Stadtrates Daniel Leupi (Martin Vollenwyder FDP) zu Direktvergaben von Wohnungen kam, können wir nicht beurteilen. Was wir jedoch mit Sicherheit sagen können ist, dass es unter Daniel Leupi solche nie gegeben hat und auch nie geben wird.

Schliesslich sind wir froh, dass die Fragen zur Vermietungsverordnung nun geklärt sind. Damit können wir uns wieder dem viel wichtigeren Thema - dem Ausbau der gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt Zürich - widmen. Die Bevölkerung hat in zahlreichen Abstimmungen ihren Willen dazu geäussert. Wir erachten es darum als unsere Pflicht, jeden Hebel in Bewegung zu setzen um weiteres Land der Spekulation zu entziehen und zu zahlbaren Preisen Wohnraum in Zürich zu schaffen. Die Grünen werden sich darum mit aller Konsequenz gegen die bürgerlichen Forderungen wehren, städtisches Land an den meistbietenden Privaten zu verkaufen. Hingegen werden wir keiner Um- oder Aufzonierung zustimmen, wenn nicht gleichzeitig mehr zahlbarer Wohnraum geschaffen wird und der Mehrwert abgeschöpft wird.

Rückfragen: Matthias Probst, Präsident SK FD, Telefon 079 382 06 13